

Beschlussvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss zur Fortschreibung des Klimaschutzprogramms**
zur Kenntnis im **Jugendgemeinderat**

Betreff: Klimaschutzoffensive; Fortführung Energiesparmodelle für
Kinder- und Jugendeinrichtungen
Bezug: 46/2019; 46a/2019; 11f/2020
Anlagen:

Beschlussantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in städtischer Trägerschaft bis auf weiteres das bestehende Energiesparmodell anzubieten, das Prämien für die Umsetzung von Energieeinspar- und Klimaschutzprojekten gewährt.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: Ergebnishaushalt		lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	HH-Plan 2023
DEZ00	Dezernat 00 OBM Boris Palmer			
THH_1	Kommunale Steuerung u. Innere Verwaltung			EUR
003	Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen			
5610-003	Umweltschutzmaßnahmen	14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-293.740
			<i>davon für diese Vorlage</i>	<i>-5.000</i>

Jährlich werden absehbar etwa 5.000 Euro für die Auszahlung von Prämien und Material benötigt. Die Sachkosten werden im Budget von 003 auf der Produktgruppe 5610-003 bereitgestellt. Ob Fördermittel vom Land eingeworben werden können, klärt sich stets erst im Nachhinein. In den vergangenen Jahren konnten 7.750 Euro an Fördermitteln für die Energiesparmodelle eingeworben werden.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Mit dem Beschluss 46/2019 hat der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt, Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in städtischer Trägerschaft - befristet bis 2022 - ein Energiesparmodell anzubieten, das Prämien für die Umsetzung von Energieeinspar- und Klimaschutzprojekten gewährt. Die Maßnahme ist Teil der Nutzersensibilisierung im Rahmen des kommunalen Energiemanagements. Zudem wurde mit Beschluss 46a/2019 der Schaffung einer Vollzeitstelle (E 10) „Energiesparmodelle / Umweltpädagogik“ zugestimmt, sofern die Verwaltung dafür Fördermittel der nationalen Klimaschutzinitiative einwerben kann.

Die Laufzeit der Pilotphase ist abgelaufen; aufgrund der hinderlichen Corona-Pandemie hat die Verwaltung die Pilotphase bis Mitte 2023 ausgedehnt. Deshalb ist nun für die Fortführung ein neuer Beschluss für das Angebot „Energiesparmodell“ notwendig. Dabei wurde mit dem Klimaschutzprogramm 2020 – 2030 ebenfalls die Maßnahme Teil B - X. „Ausbau der Umweltbildung“ verabschiedet.

2. Sachstand

- 2.1. Personalressourcen: Der Antrag der Stadtverwaltung Tübingen auf Personalkostenförderung aus der Nationalen Klimaschutzinitiative wurde abgelehnt. Begründung war, dass nur noch die Einführung neuer Energiesparmodelle gefördert wird, das Tübinger Projekt jedoch eine Fortführung des 2014 eigestellten fifty-fifty-Projektes sei. Trotz mehrere Versuche der Nachverhandlung musste die Absage schlussendlich akzeptiert werden. In Folge stellte die Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz mit den vorhandenen Personalkapazitäten (insbesondere enge Einbindung von engagierten Praktikant_innen) einen Aktivitäten-Katalog bereit. Die Aktivitäten (Module) konnten entweder in Eigenregie durch die Kinderhäuser und Schulen oder zusammen mit Personalressourcen der Stabsstelle umgesetzt werden.
- 2.2. Die Bilanz von Ende 2019 bis Mitte 2023: 27 Kinderhäuser und Schulen hatten 2019 Interesse am Energiesparmodell signalisiert. Im Projekt aktiv mit dabei waren pro Jahr zwischen 8 und 22 Einrichtungen; Tendenz steigend. Am häufigsten nachgefragt wurde das Modul „Sommer-Energieforscher“ für Kinderhäuser. Dies wurde durch die Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz bisher 40-mal durchgeführt. 5-mal das Modul „Winter-Energieforscher“. Zudem gab es inzwischen 21 Begehungen von Einrichtungen durch den Energieberater der Stabsstelle, um Mängel, Tipps und Tricks zu besprechen. 20-mal wurden das Modul „Bastel- und Mal-Aktion“ in Eigenregie durch Kinderhäuser durchgeführt. Weitere Module, die unter Einbindung von externen Referent_innen umgesetzt wurden, waren z. B. eine Klimakonferenz-Simulation, die „Aktion Energie erleben und verstehen“, von den SWT das „Fluss-Erlebnis am Neckar“ oder der Besuch des Abfall-Erlebnispfades in Dußlingen. Insgesamt konnten bisher rund 800 Kinder über Module aus dem Energiesparmodell erreicht werden. Angesichts der vielfältigen Einschränkungen für Umweltbildungsaktivitäten durch die Corona-Pandemie liegt dies zwar unter den Erwartungen in 2019; wird aber von der Verwaltung dennoch als Erfolg eingestuft.
- 2.3. Finanzielle Auswirkungen: Für das Projekt „Energiesparmodelle“ wurden seit 2019 13.700 € an Prämien ausbezahlt und 920 € an Materialkosten verursacht. Diesen Ausgaben stehen Einnahmen an Fördergeldern aus KlimaschutzPlus für Umweltbildungsmaßnahmen in Höhe

von 7.750 € gegenüber. Dabei können diese Umweltbildungs-Fördermittel nur mit Einwilligung des Landkreises beantragt werden.

3. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, das Projekt „Energiesparmodelle“ im Rahmen der verfügbaren Ressourcen bis auf weiteres den Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in städtischer Trägerschaft anzubieten.

4. Lösungsvarianten

4.1 Das Projekt „Energiesparmodelle“ wird eingestellt.

4.2 Das Projekt „Energiesparmodelle“ sowie die Umweltbildung durch die Stadtverwaltung insgesamt werden ausgeweitet. Dafür müssen entsprechend zusätzliche Personal- und Finanzressourcen bereitgestellt werden.

5. Klimarelevanz

Die Effekte zum Umwelt- und Klimaschutz durch Umweltbildungsmaßnahmen sind nicht bestimmbar. Laut Umweltbundesamt ist es jedoch ein zentraler Schlüssel zum Gelingen einer umfassenden Transformation der Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit, junge Menschen an Bildung für Nachhaltigkeit zu beteiligen.

6. Ergänzende Informationen

Größte Einzelaktion zur Umweltbildung der Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz ist die Klimawerkstatt an der Geschwister-Scholl-Schule (GSS). Die Klimawerkstatt findet jährlich mit den Schülerinnen und Schülern der 8. Jahrgangsstufe statt (ca. 200 bis 240 SuS). Das Angebot an „Werkstätten“ ist dabei sehr breit: Es reicht von Themen wie Abfallvermeidung, Lebensmittelverschwendung und Radsicherheit bis zur Strom sparenden Handynutzung und zur Klimapolitik. Die Klimawerkstatt ist nicht Teil des Energiesparmodells, sondern basiert auf der langjährigen Partnerschaft (seit 2012) zwischen GSS und der Stabsstelle.